



Grusswort von Gemeinderätin Franziska Teuscher, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, anlässlich des Treffens der Berner Kirchenleitenden (Evangelische Allianz), 22. März 2022

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Anwesende

Vielen Dank für die Einladung zu Ihrem heutigen Treffen der Berner Kirchenleitenden. Und danke für die Möglichkeit zum Thema «Beiträge der Kirchen und kirchlichen Hilfswerke zur sozialen Sicherheit in der Stadt Bern» sprechen zu können.

Die vergangenen zwei Jahre waren von Corona geprägt. Diese Krise hat uns vor viele komplexe Fragen in Sachen Gesundheitsversorgung und Armutsbekämpfung gestellt. Die Pandemie hat uns auch gezeigt, wie rasch solche Themen zur gesellschaftlichen Zerreissprobe werden können. Allerdings scheint uns keine Zeit zu bleiben, die entstandenen Risse zu kitten. Denn kaum zeigt sich bei Corona eine leichte Entspannung, stehen wir in der nächsten Krise. Wer hätte noch vor wenigen Wochen gedacht, dass ein europäisches Land einem Angriffskrieg durch russische Streitkräfte ausgesetzt wird? Die Schweiz hat schnell reagiert und kann seit Samstag, 12. März 2022, via Schutzstatus S unkompliziert Aufnahme bieten. Die Aktivierung dieser Aufnahmemöglichkeit ist wichtig, denn wir müssen damit rechnen, dass nun jede Woche über tausend Personen einreisen und via Bundesasylzentren um Schutz ersuchen.

Die öffentliche Hand und unsere Asylstrukturen können eine Zuwanderung im Umfang von geschätzt 60'000 Geflüchteten bis Ende 2022 nicht bewältigen. Um alle ankommenden Menschen rasch mit dem Nötigsten zu versorgen, braucht es uns alle. Glücklicherweise ist die Solidarität in der Schweizer Bevölkerung

riesig und ich bin froh zu sehen, dass die Hilfsbereitschaft in der Stadt Bern auch nach einer kräfteaubenden Pandemie weiterhin gross ist. Eine zentrale Rolle spielen in einer solche Krise auch die Kirchen und kirchlichen Hilfswerke. Ihre Organisationen sind schnell und unkompliziert in der Lage, Schutzsuchenden Hilfe zu gewähren, ohne viele Fragen stellen zu müssen. Damit sind Sie in der Lage, eine Erstversorgung zu bieten, die der Staat im nötigen Tempo und Ausmass nicht immer leisten kann.

Und etwas Weiteres erachte ich als grosse Ressource von Kirchen und kirchlichen Hilfswerken: Menschen, die Fluchterfahrung haben oder tiefe Lebenskrisen durchmachen mussten, misstrauen oft staatlichen Institutionen. Sie verzichten auf den Kontakt mit Behörden, weil sie diese als mitverursachend für ihre Lebenslage sehen. Es gibt zunehmend Menschen, die durch alle Sicherungsnetze fallen. Dass die soziale Sicherheit lückenhaft ist und es Gruppen in unserer Mitte gibt, die in einer Krise unerwartet rasch existenziell bedroht sind, hat uns die Pandemie eindrücklich vor Augen geführt. Wir haben in den vergangenen Monaten erkennen müssen, dass diese Menschen es auch bei grosser Not vermeiden, staatliche Hilfe anzunehmen. Ein wichtiger Treiber dafür sind die seit 2019 geltenden, verschärften Rahmenbedingungen im Ausländerrecht. Ich weiss, dass Kirchen und kirchliche Hilfswerke einen Zugang zu diesen Menschen finden und sie darin unterstützen, um zu ihren Rechten zu kommen.

Deshalb finde ich es wichtig, dass ein aktiver Dialog und eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bern und Ihren Organisationen gepflegt werden. Deshalb habe ich den Runden Tisch Corona und Armut ins Leben gerufen. So findet nun seit mehr als einem Jahr ein regelmässiger Austausch zwischen Kirchen, Hilfswerken und Behörden statt. Angesichts der aktuellen Lage bin ich froh, dass wir bereits über eine so gute Zusammenarbeitskultur verfügen.

Ich sehe aber noch einen weiteren wichtigen Beitrag, den Kirchen und kirchliche Hilfswerke für die soziale Sicherheit leisten können. Es geht um die Aufgaben der Integration und Inklusion. Diverse Entwicklungen führen heute dazu, dass tendenziell immer mehr Menschen weniger eine gesellschaftliche Teilhabe

erleben. Ein Beispiel: Wir sind eine Gesellschaft, die in vielerlei Hinsicht «arbeit-szentriert» funktioniert. Wer einer Erwerbsarbeit nachgehen kann, ist finanziell unabhängiger, hat einen strukturierten Alltag und geniesst soziale Anerkennung. Der Zugang zur Erwerbsarbeit wird aber immer enger. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es neue Formen gesellschaftlicher Interaktion, um soziale Integration und Inklusion zu fördern. Die Kirchen und kirchlichen Hilfswerke verfügen hier über grosse Ressourcen. Sie bieten bereits heute Begegnungsorte und Strukturen, welche die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

Ich möchte Ihnen zum Schluss an einigen Beispielen aufzeigen, wie sich die Stadt Bern aktuell engagiert, um Lücken in der sozialen Sicherheit zu schliessen:

1. Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine.
2. Fürchten Menschen ihren Aufenthaltsrechts infolge Sozialhilfebezug zu verlieren, besteht vor allem ein hoher Informationsbedarf. So gibt es die Broschüre «Corona und Armut» in 11 elf Sprachen.
3. Soziale und berufliche Integration: Die Stadt Bern hat in Ergänzung zu den kantonalen Angeboten eine eigene Strategie zur beruflichen und sozialen Integration beschlossen: Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Förderung von niederschwelligen Qualifizierungen, die mit Branchenverbänden entwickelt werden.

Wie Sie sehen, ist die Stadt Bern im Rahmen ihrer Möglichkeiten engagiert, erkannte Lücken im sozialen Sicherheitssystem zu schliessen. Um dieser Aufgabe noch besser gerecht zu werden, sind Partnerschaften mit Kirchen und kirchlichen Hilfswerken wichtig. Dafür danke ich Ihnen herzlich!